

Haushaltsdebatte im Kreistag: Auch Zitronen sind einmal ausgequetscht

Am 13.05.2015 trat der 7. Kreistag mit 37 anwesenden Mitgliedern zusammen. Die Bestellung von Jaime Don Antonio als den neuen Ausländerbeauftragten für den Salzlandkreis und der Beschluss zur Aufwandsentschädigung für ehrenamtlich tätigen Soziallotsen waren noch „leichte Kost“ für die Kreistagsmitglieder und wurden wohlwollend verabschiedet. Andere Tagesordnungspunkte waren hingegen schon schwerer zu verdauen.

Darunter auch die Stundungsanträge der Gemeinde Behrdaue und der Stadt Egel. Zwar wurden die Stundungen der Kreisumlage für das Jahr 2014 und 2015 für die Gemeinde Bördaue sowie auch für das Jahr 2015 für die Stadt Egel bewilligt, aber sie offenbarten einen desaströsen Sachverhalt: die finanziell schlechte Ausstattung der Städte und Gemeinden im Salzlandkreis! Nach Informationen des Landrates haben allein für das Haushaltsjahr 2015 50% der Städte und Gemeinden eine Stundung der Kreisumlage beantragt und rund 80% der Kommunen im Salzlandkreis befinden sich in der Haushaltskonsolidierung. Das es den wenigsten Kommunen gelingt einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen und ihre Pflichten gegenüber dem Kreis zu erfüllen, liegt nicht unmittelbar an einer schlechten Haushaltsführung. Die Ursache liegt vielmehr in einer mangelnden finanziellen Finanzausstattung der Kommunen.

In diesem Punkt herrschte parteiübergreifende Einigkeit der Kreistagsmitglieder und dies spiegelte sich auch in der Debatte zum Haushaltskonsolidierungskonzept des Salzlandkreises mit. So beauftragte Sven Hause mit knapper Mehrheit den Landrat die unzureichende Finanzausstattung mit einer öffentlichkeitswirksamen Maßnahme dem Bundestag in Berlin darzulegen. Wie genau solche eine Aktion aussehen sollte, legte Hause leider nicht da, und auch zu den vermeintlich anfallenden Kosten, verlor er kein Wort. Da traf



Foto: Andreas Hermsdorf, pixelio.de

die Resolution der Kreistagsfraktion DIE LINKE./ UWG wohl eher den richtigen Adressaten und zeigte die Ursachen treffend auf. So ist die unzureichende Finanzausstattung der Kommunen „einerseits der vergangenheitsbezogenen Ermittlung des Finanzbedarfes der Kommunen geschuldet, die aktuelle Entwicklungen nicht berücksichtigt.“ Andererseits liegt es daran, „dass den Kommunen immer neue Aufgaben aufgebürdet werden, ohne die entsprechende Finanzausstattung sicher zu stellen.“ Das diese Rechnung nicht aufgehen kann, sollte für jedermann offensichtlich sein – auch für die Landesregierung! Leider ist dem aber nicht so. Das Land rühmt sich mit seinem Schuldenabbau und „treibt gleichzeitig die Kommunen des Landes mehr und mehr in eine Schul-

denspirale.“ Von partnerschaftlichen Agieren zwischen dem Land und seinen Kommunen weit gefehlt. „Zu einer wahrhaften Konsolidierungspartnerschaft zwischen Kommunen und Land gehört es, die Kommunen wieder in die Lage zu versetzen, Überschüsse zu erwirtschaften und so zumindest eine Schuldentilgung zu ermöglichen.“ Mit einer Mehrheit von 33 Ja-Stimmen stimmten die anwesenden Mitglieder des Kreistages der LINKEN Resolution zu und beauftragten den Landrat für eine angemessene Finanzausstattung der Kommunen durch das Land zu sorgen. Dem Haushaltskonsolidierungskonzept stimmten am Ende der Diskussion lediglich 2 Mitglieder des Kreistages zu, die Mehrheit sprach sich gegen das Konzept aus und verwies auch auf dessen unerfüll-

tes Ziel. Das Kommunalverfassungsgesetz sieht vor, dass ein Haushaltskonsolidierungskonzept zum Ziel haben muss, spätestens im fünften Jahr einen Haushaltsausgleich wiederherzustellen oder aber einen Zeitraum festzulegen, in welchem ein ausgeglichener Haushalt wieder erreicht werden kann. Angesichts einer steigenden Verschuldung des Kreises, welche im Jahr 2023 schließlich einen negativen Rekordwert von -11.527.600 EUR erreicht, lässt sich nur feststellen: Auch Zitronen sind einmal ausgequetscht, wenn sich nicht schnell in der Finanzausstattung von Kommunen ändert.

Henriette Krebs,
Kreistagsfraktionsassistentin

Inhalt:

Seite 1
Haushaltsdebatte im Kreistag: Auch Zitronen sind einmal ausgequetscht

Seite 2
Alfred Müller aus Beesedau berichtet vom Kriegsende 1945

Seite 3
Gedenken anlässlich des 70. Jahrestages der Befreiung vom Hitlerfaschismus in Bernburg

Gedenkspaziergang zum 70. Jahrestage der Befreiung in Staßfurt

Seite 4
Gedenkveranstaltungen in Güsten mit Erinnerungen an den ermordeten Antifaschisten Walter Munke

Kranzniederlegung am Tag der Befreiung in Schönebeck

Seite 5
Entschädigung für Kriegsgefangene - Bundesregierung reagiert auf Initiative der LINKEN

65 Jahre Oder-Neiße-Friedensgrenze

Seite 6
Fit für die Kommunalpolitik

Geld verschenken und reich werden

Jugendeinrichtungen in Not

Seite 7
Wir waren in Berlin

Mindestlohn - Chance oder Schreckgespenst?

Alfred Müller aus Beesedau berichtet vom Kriegsende

Mitte April 1945 näherte sich die Front auch meinem Heimatort Beesedau an der Saale. Geschützdonner und Kampflärm in der Umgebung verkündeten es. Die US-Army war südlich von uns bei Könnern über die Saale gesetzt und nach Westen und Norden vorgestoßen. So nahmen wir den Feind nicht wie erwartet aus Westen kommend wahr, sondern aus Richtung Osten. Nachdem die Stadt Bernburg nahezu kampflos besetzt worden war, bewegte sich in den frühen Morgenstunden des 17. April ein starker motorisierter Truppenteil mit Panzern und Fahrzeugen von Bernburg kommend in Richtung Beesenlaublingen.

Ich war in Erwartung besonderer Ereignisse zeitig auf den Beinen und hörte die Kettenfahrzeuge. Sofort ging ich zu unserem Dorfeingang und bemerkte, dass der Konvoi an unserem Ort vorbei rollt, ohne von uns Kenntnis zu nehmen. Kurz entschlossen ging ich die ca. 500 Meter auf den Konvoi zu und blieb an der Verbindungsstraße zu unserem Ort stehen. So etwas hatte ich noch nicht zu sehen bekommen, soviel modernes Kriegsmaterial. Ich wartete bis zum letzten Fahrzeug. Aber kein Fahrzeug bog zu unserem Dorf ab. Ich ging zurück ins Dorf. Erst am 19. April kam ein Jeep ins Dorf gefahren, ein sehr junger Fahrer saß am Steuer, der US-Soldat war allein. Der sah in der Mitte des Dorfes deutsche Soldaten, stoppte sein Fahrzeug, sprang mit dem Gewehr im Anschlag heraus und rief „Hands up“. Es waren ca. acht kriegsmüde deutsche Soldaten, die in einer Reihe mit erhobenen Händen Aufstellung nehmen mussten. Ehemalige französische Kriegsgefangene, die sich nun schon ohne Bewachung auf freiem Fuß befanden, traten dazu. Meinem Freund Rene wurde die Waffe vom Amerikaner in die Hand gedrückt, und der fuhr mit dem Jeep davon. Offensichtlich wollte er Verstärkung holen. Das geschah unmittelbar vor dem Lager, wo die Franzosen noch immer in dem Saal untergebracht waren. Ich war neugierig und wollte Rene nun was fragen. Da wies er mich doch zurück und sagte: „Jetzt bin ich Soldat“. Ich verstand, wick aber nicht von der Stelle. Es muss wohl schon gefährlich ausgesehen haben, denn kaum jemand unserer Einwohner ließ sich sehen. Ich war gespannt, was nun geschehen würde. Bald kamen zwei Jeeps angeprescht. Zunächst wurde Rene das Gewehr los. An seine Stelle trat ein amerikanischer Soldat. Zwischen einem amerikanischen Offizier und Rene gab es eine kurze Unterhaltung, dann winkte der Offizier mich zu



Foto: privat; Alfred Müller während des 2. Weltkrieges

ihm. Er fragte mich, wo der Bürgermeister zu finden sei, ich zeigte ihm das mit Handbewegungen. Kurz entschlossen sagte er: „Come on“.

Das waren nur ein paar Schritte. Ich sagte: „Herr Bürgermeister, die Amerikaner sind eingerückt, der Offizier möchte was mit Ihnen besprechen.“ Mein Schulenglisch reichte nicht so weit, dass ich mich in der weiteren Folge noch nützlich machen konnte. Eine z.Zt. im Ort lebende junge Frau aus Köln wurde heran geholt, um die Bestimmungen der Besatzungsmacht an die Bevölkerung in deutsche Sprache zu übersetzen und öffentlich zu machen. Ich durfte mich entfernen. Ich hielt mich dennoch am Ort des Geschehens auf. Noch immer standen die acht deutschen Soldaten in Reihe, bewacht von zwei Amis, mit dem Gewehr im Anschlag. Die Franzosen verfolgten ebenso die so gegensätzliche Situation, sie waren frei und die deutschen Soldaten waren nun Kriegsgefangene. Fünf Jahre waren sie in unserem Ort gewesen.

Nach einiger Zeit trat der Gemeindediener mit der großen Glocke in Erscheinung, um die Anordnungen der Besatzungsmacht zu verkünden. Das geschah innerhalb des Ortes noch öfter, als es sonst üblich war. Es war wichtig und ging jeden Bürger an. Der

Text lautete sinngemäß: Alle nazistischen Organisationen sind verboten. Alle Angehörigen der Wehrmacht haben sich sofort in der Dorfmitte am Bauernstein in Kriegsgefangenschaft zu begeben. Alle Schuss- und Stichwaffen sind unverzüglich am Bauernstein abzulegen, das gilt für alle Häuser und Haushalte. Ab sofort gilt eine tägliche Ausgangssperre von 20:00 Uhr bis zum nächsten Morgen um 6:00 Uhr. Mehr als 5 Personen dürfen nicht zusammenstehen. Zum Schluss erfolgte die Ankündigung, bei Nichtbefolgen und Zuwiderhandlungen von der Schusswaffe Gebrauch zu machen.

Nach und nach trafen einstweilen untergekommene und versprengte Angehörige der Wehrmacht am Stellplatz ein. Andererseits kamen zahlreiche Bürger mit alten Waffen, Säbeln, sogar mit Luftgewehren und warfen diese dort nieder. Ungefähr 100 deutsche Soldaten traten gegen Abend einen Fußmarsch in Richtung Bernburg in die Kriegsgefangenschaft an, begleitet von Soldaten der US-Army. Unser Dorf war unbeschädigt geblieben, für uns war der Krieg vorbei. Am 25. April 1945 trafen und begegneten sich die US-Armee und die Rote Armee bei Torgau an der Elbe. Im Norden und im Süden Deutschlands wurde bis zum 8. Mai 1945, bis zur bedingungslosen Kapitulation weiter gekämpft. Ich selbst fühlte mich befreit und brauchte nicht mehr zu fürchten, eines Tages für mein widerspenstiges Verhalten gegenüber der NS-Diktatur zur Verantwortung gezogen zu werden. Es war Frieden, wie konnte ich mich darüber freuen! Der Kummer aber, dass der Vater aus diesem von den Nazis entfachten Krieg niemals zurückkehrte, blieb ein Leben lang.

Tage später traf ich einen Pimpf, Sohn überzeugter Nazis, mit dem ich im Herbst 1944 aneinander geraten war. Ich sagte sehr ernst zu ihm, dass nun die Naziherrschaft vorbei sei. Ich fragte ihn, was mich denn vor Monaten hätte erwarten können, als ich mich weigerte, zum Dienst im Jungvolk zu erscheinen. Seine Antwort war, dass Abstand von weiteren Maßnahmen genommen worden sei, weil mein Vater an der Front gewesen wäre. Ich denke mir, dass der Bürgermeister das verhindert hat. Vom Alter her war ich im Frühjahr 1945 ja nun schon Heranwachsender, ich war neugierig und gespannt, wie die Dinge sich nun im Frieden und ohne Nazis weiter entwickeln würden.

Alfred Müller, Mitglied im Ortsverband DIE LINKE Könnern

Gedenken anlässlich des 70. Jahrestages der Befreiung vom Hitlerfaschismus in Bernburg

Jedes Jahr gedachten wir, d.h. ein Häuflein Linker, manchmal auch Parteilose sowie die Vertreter der KPD, der Opfer des Hitlerfaschismus durch eine Kranzniederlegung am Martinsplatz. Wir wollten zeigen, dass die dort begrabenen Menschen aus dem Außenlager des KZ Buchenwald in Leau nicht vergessen sind. Und wir wollten an den Schwur der Überlebenden erinnern: Nie wieder Faschismus! Nie wieder Krieg!

Am 70. Jahrestag der Befreiung und angesichts der weltweit gestiegenen Kriegsgefahr hofften wir, mehr Menschen, vor allem auch jüngere, mobilisieren zu können und schlugen im Vorstand vor, eine Veranstaltung gemeinsam mit der SPD zu organisieren. Im Ergebnis der gemeinsamen Bemühungen wurde Herr Schmidt, Kreisoberpfarrer und Vorsitzender des Bündnisses gegen Rechts gewonnen sowie der Oberbürgermeister der Stadt Bernburg, Herr Schütze, per Stadtratsbeschluss beauftragt, als Redner aufzutreten. Ein Stadtratsbeschluss, den alle Parteien getragen hatten. Aber nicht alle waren am 8. Mai anwesend. Es fehlte die CDU. Hochkarätig vertreten war die SPD mit dem Ortsvorsitzenden Friedel Meinicke und dem Landrat, Herrn Bauer. Auch Birke Bull, die Parteivorsitzende der Linken hat es sich nicht nehmen lassen zu kommen.

Kurz vor 16:30 Uhr läuteten die Glocken mehrerer Bernburger Kirchen die Gedenkveranstaltung ein. Ein Bläserquartett sorgte für die musikalische Untermalung. Beide Redner gedachten der Opfer des 2. Weltkrieges. Beide vermieden die Worte Faschismus, Sowjetunion oder den Bei-



Foto: Joachim Hennecke; Kranzniederlegung am Bernburger Martinsplatz

trag der Alliierten zur Befreiung Deutschlands. Ein dritter Redner, Jevgeni Bondarenko, schloss diese Lücke. Sein Auftritt war nicht geplant. Sein Beitrag deswegen nur kurz und auch schlechter zu verstehen, da Herr Bondarenko nicht am Mikrofon stand - vielleicht war es auch ausgeschaltet. Er erinnerte an die vielen Millionen Toten in der Sowjetunion und vieler anderer Länder und an die Leiden seiner Familie im 2. Weltkrieg. Er war es, der um das Denkmal vor Veranstaltungsbeginn Informationsmaterial platzierte und uns danach ein Flugblatt mit dem Titel „Der Feiertag mit Tränen in den Augen“ aushändigte.

Alle, den Rednern und den übrigen Anwe-

senden, einte die Ablehnung eines Krieges als Mittel der Politik. Das sollte an diesem Tag zum Ausdruck gebracht werden. Das ist der kleinste gemeinsame Nenner, der jedoch viele Menschen eint. Doch dieser kleinste gemeinsame Nenner ist m. E. sehr viel wert, wenn er Menschen aktivieren kann. Vielleicht gelingt es auch einmal der CDU, über ihren Schatten zu springen.

Im nächsten Jahr werden wir wieder unter uns sein - das ist wohl absehbar. Aber eine gemeinsame Veranstaltung gegen den Krieg darf nicht nur alle 70 Jahre organisiert werden.

Angelika Trench, Mitglied im Ortsvorstand DIE LINKE Bernburg

Gedenkspaziergang zum 70. Jahrestage der Befreiung in Staßfurt

Der Ortsvorstand der Linken Staßfurt lud alle BürgerInnen auf, in Würdigung des 70. Jahrestages der Befreiung von Nationalsozialismus und Faschismus in Europa, an einem würdigen Gedenkspaziergang zu den Stolpersteinen in Staßfurt, teilzunehmen.

Dem Aufruf folgten GenossInnen, BürgerInnen aber auch Mitglieder der SPD Stadtratsfraktion sowie der designierte Oberbürgermeister der Stadt Staßfurt, Sven Wagner.

Genosse Magenheimer erinnerte an der ersten Station, dem Stolperstein am Wohnhaus des damaligen Staßfurter Bürgermeisters Hermann Kasten, an das unsägliche Leid, welches durch die Diktatur verübt wurde.

Auch damals gab es neben den eigentlichen Tätern viele, die geschwiegen oder weggesehen haben. Nur durch diese Ak-

zeptanz konnte sich das Böse in diesem Maße ausbreiten. Erinnert wurde an die Menschen, die den Tag der Befreiung nicht mehr erleben durften, weil sie politisch anders gedacht haben, weil sie eine andere Religion hatten oder weil sie nicht in das menschenverachtende Raster der Faschisten und Nationalsozialisten passten. Fachlich unterstützt wurde Gen. Magenheimer von Herrn Reuter, Lehrer am Staßfurter Dr. Frank Gymnasium und Hauptinitiator für die Stolpersteinaktionen in Staßfurt. Er hat in unzähligen Stunden in Archiven, bei Hinterbliebenen und Zeitzeugen, zusammen mit Schülern, unglaublich viel Wissen zusammen getragen und er versteht es, die Menschen für dieses Geschichtskapitel zu interessieren.

An 9 Stolpersteinen gedachten die TeilnehmerInnen der Opfer mit Blumen und Worten und erfuhren viel von den Lebens-

geschichten, dem Wirken und den Leiden der Menschen.

Abschließend mahnte

Magenheimer aber auch Eberhard Müller (SPD) davor, auch heute wieder wegzusehen oder gar mitzulaufen. Wenn uns die Befreiung etwas gelehrt haben sollte, ist es die Demut vor jeglichem Leben. Jeder Mensch ist einzigartig und es wert, nach seinen Wünschen friedlich zu leben. Niemand hat das Recht, sich über andere zu erheben, jedes Leben ist gleich viel wert. In Gesprächen wurde vereinbart, sowohl die Stolpersteinaktion weiterhin zu unterstützen aber auch künftig die Erinnerung an den Tag der Befreiung jeweils zum 8. Mai wach zu halten.

Klaus Magenheimer, Ortsvorsitzender DIE LINKE Staßfurt

Gedenkveranstaltungen in Güsten mit Erinnerungen an den ermordeten Antifaschisten Walter Munke

Anlässlich des 70. Jahrestages der Befreiung rief der Ortsverband der LINKEN Saale-Wipper zu einer Kranzniederlegung am Grab des Güstener Antifaschisten Walter Munke auf. Dem Aufruf folgten zahlreiche Bürgerinnen und Bürger aus Güsten und Umgebung. Die Gedenkrede am Grab hielt der stellvertretende Kreistagsvorsitzende Ernst Hermann Brink. Er ging dabei auf die Fragen nach dem Scheitern, nach Schuld und Vergeltung rückblickend zum 8. Mai 1945, dem Tag der Befreiung vom Faschismus ein.

„1950 wurde der Tag der Befreiung in der DDR als staatlicher Feiertag verankert. Auf der einen Seite standen Wille und Realität der systematischen Entnazifizierung. Gewürdigt wurden die, die sich zum Preis des eigenen Lebens oder dessen Gefährdung am Widerstand gegen die Nazis beteiligt hatten - vor allem Kommunistinnen und Kommunisten.

Auf der anderen Seite hat es auch in der DDR de facto eine weitgehende Entlastung von Schuld gegeben, ist nicht wirklich gefragt worden nach der Verantwortung jedes Einzelnen. Dabei muss bezweifelt werden, dass sich entlang zufälliger geographischer Grenzen der Besatzungszonen mit einem Schlag Befreite und Unterlegene, Nazis und Widerständler, Anhänger und Zweifler voneinander trennten.

Der Vernichtungskrieg hatte in seiner Endphase nichts von seinem Schrecken und seinem Fanatismus verloren. Die Befreiung war ein blutiger, ein verbissener, ein elender Kampf. Der Justizapparat arbeitete auf Hochtouren; ob Deserteure, Zweifler oder die politisch Widerständigen - die Gegner der Nationalsozialisten sollten mit dem Regime gemeinsam untergehen. Todesurteile gegen die Verschwörer des 20. Juli wurden noch in den letzten



Foto: privat; Ansprache auf dem Güstener Friedhof

Apriltagen vollstreckt. Nur vier Wochen vor Kriegsende wurden Georg Elser und Friedrich Bonhoeffer nach jahrelanger Haftzeit hingerichtet. Der Krieg, den die Deutschen entfesselt hatten, sprengte die Grenzen jeglicher Vorstellungen. Er war von Anfang an verbunden mit der Vernichtung der europäischen Jüdinnen und Juden, der Roma und Sinti, er zielte ab auf die Vernichtung der slawischen Völker. Politisch und weltanschaulich Andersdenkende sollten ausgeschaltet werden - Kommunistinnen und Kommunisten, Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten, mutige Christinnen und Christen.“ Im Gedenken an die geschundenen und ermordeten Menschen in den deutschen Konzentrationslagern hielten die Anwesenden am Grab des im KZ Mauthausen ermordeten Güstener Walter Munke eine Schweigeminute ab und legten ein Blumengebinde nieder.

In einer anschließend von der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen-Anhalt e.V. und

der Fraktion der LINKEN im Verbandsgemeinderat Saale-Wipper durchgeführten Buchlesung wurde das kurze und dennoch bewegte Leben des ehemaligen Spanienkämpfers Walter Munke vorgestellt. Dabei konnte die Herausgeberin des Buches „Walter Munke - Zweimal um die Ecke“ Raja Lubinetzki, eine Großnichte von Walter Munke, aus gesundheitlichen Gründen nicht anreisen. Für die Lesung mit antifaschistischen Liedern jener Zeit umrahmt konnte Tobias Po-

chanke (Fraktionsvorsitzender der LINKEN, Saale-Wipper) kurzfristig den Kreistagsabgeordneten Ernst Hermann Brink und die Landtagsabgeordnete Bianca Görke gewinnen.

Der Kommunist Walter Munke - ein Sohn der Stadt Güsten - kämpfte in Spanien bei den Interbrigaden gegen das faschistische Franco-Regime.

Hier geriet er am 2. April 1938 in spanische Gefangenschaft und wurde 1941 nach dem Überfall Hitlerdeutschlands auf die Sowjetunion von der Gestapo nach Deutschland verschleppt. Nun musste er den qualvollen Weg durch die Folter- und Mordstätten der Faschisten antreten. Im KZ Mauthausen wurde Walter Munke schließlich auf bestialische Weise zu Tode gefoltert. Am 31. März 1942 starb er an den Folgen dieser Tortur.

Manfred Bölke, Mitglied im Ortsverband DIE LINKE Saale-Wipper

Kranzniederlegung am Tag der Befreiung in Schönebeck

Am 8. Mai fand in Schönebeck aus Anlass des 70. Jahrestages der Befreiung eine Kranzniederlegung statt. Der Oberbürgermeister von Schönebeck, Bert Knoblauch, hatte zu dieser Veranstaltung aufgerufen. Angesprochen waren alle Fraktionen des Schönebecker Stadtrates sowie die Bürgerinnen und Bürger. Erstmals hatte ein Oberbürgermeister auf Antrag der LINKEN-Stadtratsfraktion und des LINKEN-Ortsvorstandes die Initiative ergriffen und den Tag der Befreiung zu einer kommunalen Angelegenheit gemacht. In den zurückliegenden Jahren trafen sich am

Mahnmal für die Opfer des Faschismus nur die Mitglieder der LINKEN und einige BürgerInnen. Die Anzahl wurde von Jahr zu Jahr weniger. Deshalb galt es, neue Wege zu beschreiten und auch andere Akteure mit ins Boot zu holen.

Dass dieser Weg richtig war, bewies die Beteiligung. Etwa 30 Personen hatten sich am Mahnmal eingefunden. Der Oberbürgermeister und die Fraktionsvorsitzende der LINKEN-Stadtratsfraktion, Sabine Dirlich, legten jeweils einen Kranz nieder. In seiner kurzen Ansprache ging der OB auf den Tag der Befreiung ein, gedachte der

Opfer von Krieg, Gewalt und Vertreibung und hob als Mahnung hervor, dass dies niemals wieder geschehen darf.

Christa Beier, Ortsvorsitzende DIE LINKE Schönebeck

Entschädigung für Kriegsgefangene - Bundesregierung reagiert auf Initiative der LINKEN

Die jahrelangen Bemühungen der LINKEN, das unvorstellbare Leid der 5,7 Mio. sowjetischen Kriegsgefangenen als NS-Unrecht anzuerkennen und den wenigen Überlebenden zumindest eine symbolische Entschädigung zukommen lassen, haben gewirkt: Der Haushaltsausschuss des Bundestages beschloss am 21.5.2015, zehn Millionen Euro im Nachtragshaushalt 2015 für die Entschädigung sowjetischer Kriegsgefangener bereitzustellen. 70 Jahre nach der Befreiung akzeptiert dadurch nun auch die Union die moralische Verpflichtung der Bundesrepublik endlich eine der größten Opfergruppen der NS-Vernichtungspolitik zu entschädigen. DIE LINKE tritt seit langem für die „vergessenen Opfer“, die ihm Rahmen der Entschädigung von NS-Unrecht Jahrzehnte lang leer ausgingen und zum Teil bis heute noch ausgehen, ein und hatte zuletzt durch ihren Antrag „Finanzielle Anerkennung von NS-Unrecht für sowjetische Kriegsgefangene“ (BT-Drs. 18/3316) das Thema wieder auf die Tagesordnung des Bundestages gesetzt.



Foto: Sowjetische Kriegsgefangene im KZ Mauthausen; Bundesarchiv Bild 192-050, KZ Mauthausen, sowjetische Kriegsgefangene“ by Bundesarchiv, Bild 192-050 / CC-BY-SA. Licensed under CC BY-SA 3.0 de via Wikimedia Commons

Damit gelang der Bundestagsfraktion DIE LINKE, gemeinsam mit vielen ehrenamtlich Aktiven, engagierten Initiativen, Historikern und Journalisten, die sich unermüdlich für die größte Gruppe der „vergessenen Opfer“ eingesetzt haben, nach der Rehabilitierung der so genannten „Kriegsverräter“ im Jahr 2009 und der damit verbundenen Anerkennung des Widerstands der „kleinen Leute“, also der Würdigung derer, die sich der Fortsetzung des verbrecherischen Krieges mit ihren

Mitteln widersetzt haben, erneut ein wichtiger parlamentarischer Erfolg auf dem Gebiet der Geschichtspolitik.

Dies können die anderen Fraktionen, allen voran die Union, aber offenbar nur schlecht akzeptieren. Einen entsprechenden interfraktionellen Antrag durfte DIE LINKE auf Betreiben der Koalition nicht miteinbringen. Diese ideologisch motivierte Ausgrenzung gerade derjenigen Fraktion, die seit vielen Jahren beharrlich auf die Situation der ehemaligen sowjetischen Kriegsgefangenen hingewiesen und ihre Entschädigung gefordert hat, ist nicht nur extrem schlechter Stil, sondern dem Anlass und Thema völlig unangemessen.

DIE LINKE erwartet, dass jetzt schnell und unbürokratisch gehandelt wird, damit die Entschädigung wenigstens noch die wenigen hochbetagten Überlebenden erreicht und alle im Bundestag vertretenen Fraktionen dabei an einem Strang ziehen.

Jan Korte, Stellvertretender Fraktionsvorsitzender im Deutschen

65 Jahre Oder-Neiße-Friedensgrenze

Es ist wieder Krieg in Europa. Frieden bleibt also zentrales politisches Thema. Gern wird die glückliche Lage der BRD erwähnt. Seit 1990 gibt es an unseren Grenzen nur befreundete Staaten.

Was waren die wesentlichen Schritte zu diesem Glück? 1945 hatten sich die Deutschen mit Faschismus und Krieg alle Welt zum Feind gemacht. Was änderte sich bis 1990? Friedenspolitik heißt auch, gute Nachbarschaft mit den Anliegern in einer sich ändernden Welt für die Zukunft zu bewahren. Das Wissen, wie der Wandel von der Feindschaft zur guten Nachbarschaft bewirkt wurde, ist da wichtig.

Dass Adenauer viel Gutes für die Aussöhnung mit Frankreich getan hat, kann man lesen. Anders dagegen die Frage im Osten. Zeit seiner Kanzlerschaft beharrte Adenauer auf den Grenzen von 1937. Hätte er sich damit durchgesetzt – wäre 1990 die deutsche Einheit zustande gekommen? Wenn ja, wie stünde es heute um das Verhältnis zu den Nachbarn im Osten?

Die Frage ist nur theoretisch, denn das vereinte Deutschland wurde nicht nach Vorstellungen Adenauers geschaffen, sondern nach denen Walter Ulbrichts und der DDR – die Grenzen betreffend. Allerdings fehlt dieser Fakt im öffentlichen Bewusstsein. Die Frage, ob mit dem 2+4-Vertrag 1990 die Ideen Adenauers oder Ulbrichts festgeschrieben wurden, ist geradezu ein Tabu.

Vor 65 Jahren wurden die entscheidenden Schritte für den Frieden im Osten ge-

gangen. Am 6. Juni 1950 gab es die Warschauer Deklaration über die Oder-Neiße-Grenze, am 6. Juli 1950 wurde das Abkommen von Zgorzelec/Görlitz über die Grenze zwischen der DDR und Polen unterzeichnet. Sofort kam Protest aus dem Westen. Mit Ausnahme der KPD wollten alle Parteien im Bundestag nicht wahr haben, welche Resultate der Hitlerkrieg hatte. Siehe Erklärung vom 13. 6. 1950. (www.bundestag.de: Parlamentsprotokoll 1. Legislatur, 68. Sitzung) Die Forderung nach den Grenzen von 1937 war Standard in der BRD der Adenauerzeit. Selbst die Schulen machten den Kindern weis, Breslau und Königsberg wären noch Deutschland. Die ARD-Tagesschau zeigte allabendlich auf der Wetterkarte die Grenzen von 1937. Den Menschen, die ihre Heimat verloren hatten, wurde jahrzehntelang vorgegaukelt, sie könnten zurück. Hat sich für diese Täuschung schon mal eine der Alt-Parteien bei den Vertriebenen entschuldigt?

Der Streit um die Oder-Neiße-Grenze beeinflusste die West-Ost-Konfrontation in Europa:

- 1952 gaben die „Stalinnoten“ eine Chance zu deutscher Einheit. Der Westen lehnte ab, wegen der Gebietsfrage im Osten.

- 1953 wurde bei den Unruhen in der DDR auch gegen die Oder-Neiße-Grenze demonstriert. Heute wird das als Demo für die deutsche Einheit gelobt. Fordert da jemand die Grenzen von 1937 quasi durch die Hintertür?

- Ab 1955 war die BRD NATO-Mitglied. Sie forderte weiter Gebiete von der UdSSR und Polen. War das Entspannungspolitik?

- Noch 1960 betrachtete die Bundesregierung ihren „Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen“ als zuständig dafür, ob in einem Atlas der Ortsname „Königsberg“ oder „Kaliningrad“ stehen darf. (Bundestagsdrucksache 3/2264) Das „Wiedervereinigungsgebot“ galt also auch für Ostpreußen?

- Schließlich der Mauerbau: Es gibt die kühne These, 1961 hätte sich die „deutsche Frage“ wie 1990 lösen lassen, durch Beitritt der DDR zur BRD. War das so? Weder London noch Paris hätten zustimmen können. Beitritt der DDR zu einer BRD, die sich in den Grenzen von 1937 definierte, war unmöglich. Deshalb sagte US-Präsident Kennedy: „Eine Mauer ist tausendmal besser als ein Krieg.“ Weder CDU/CSU noch SPD waren 1961 fähig, die Oder-Neiße-Grenze als endgültig anzuerkennen. Das schaffte erst 29 Jahre später ein Helmut Kohl. Dabei waren die Ostverträge Willy Brandts von 1970 ein wichtiger Zwischenschritt.

Heutige Kriegsgefahren werden nicht entschärft, wenn man sie zu Gut-Böse-Gegensätzen umdichtet. Erinnerung an die Geschichte der Oder-Neiße-Grenze kann helfen, großmäulige Schwarz-Weiß-Propagandisten auf den Boden der Realitäten zu holen.

Friedrich Thiemann, Mitglied im Ortsverband DIE LINKE Nienburg

Fit für die Kommunalpolitik

„Fit für die Kommunalpolitik“ hieß die gemeinsame Veranstaltung des Kommunalpolitischen Forums, der Kreistagsfraktion DIE LINKE/UWG und des Ortsverbandes Staßfurt.

Mit Wirkung vom Juni 2014 trat das neue Kommunalverfassungsgesetz des Landes Sachsen-Anhalt in Kraft. Deren Neuerungen, Rechte und Pflichte von Abgeordneten in Kommunalparlamenten, waren Hauptschulungszweck.

Dafür hatten sich die Organisatoren fachkompetente Referenten eingeladen. Am Vormittag standen die Auslegungen zum Kommunalverfassungsgesetz des Landes Sachsen-Anhalts auf der Tagesordnung. Es referierte Wolfgang Rachow von der Kommunalakademie Berlin.

Die TeilnehmerInnen aus Kreistagen und Stadt- bzw. Ortschaftsräten aus dem gesamten Salzlandkreis hatten zahlreiche Fragen. Unter anderem zum Mitwirkungsverbot, zu Hauptsatzungsfragen und Zuständigkeiten, um nur einige zu nennen. Ein besonderes Thema war noch einmal die Rolle der Kommunalaufsicht. Gerade bei Kommunen, die sich in Konsolidierung befinden, herrscht Unsicherheit über das Agieren der Kommunalaufsicht. Darf einer Gemeinde die Höhe des Steuersatzes vorgegeben werden? Wie weit geht der Anspruch auf kommunale Selbstverwal-

tung und wann stellt ein Eingreifen einen klaren Rechtsbruch dar?

Diese und weitere Fragen wurden sachlich und mit den entsprechenden Gesetzestexten unterlegt beantwortet.

Nach einem Imbiss und einer Verschnaufpause ging es in den 2. Teil mit dem Hauptthema zum wirtschaftlichen Engagement von Kommunen in Eigenbetrieben oder kommunalen Gesellschaften. Durch diesen Teil führte Holger Rachow, Rechtsanwalt für Kommunalrecht und Sohn von Wolfgang Rachow. Ins Thema wurde mittels einer Powerpoint-Präsentation eingeführt. Fallstricke liegen auch hier im falschen Agieren von KommunalpolitikerInnen, da sie nicht zuständig sind. Oft werden Entscheidungen nach politischen Abwägungen getroffen, obwohl immer das wirtschaftliche Wohl des Unternehmens im Mittelpunkt stehen muss. Besonders viel Diskussionsbedarf gab es hier in Fragen des Haftungsrechts bei Mitgliedern von Gesellschafterversammlungen oder Aufsichtsräten. Die Teilnehmer aus dem Salzlandkreis waren sich einig, dass sich diese Schulung auf jeden Fall gelohnt hat und die drängendsten Fragen beantwortet werden konnten.

*Bianca Görke,
Stadträtin in Staßfurt*

Geld verschenken und reich werden

Geht nicht? - weit gefehlt, denn genau dies erlebten die Staßfurter GenossInnen bei zwei Scheckübergaben. Zunächst bekam die Jugendabteilung der Freiwilligen Feuerwehr Brumby Geld gleich aus zwei Quellen. Ihr stetes Bemühen sowohl um ihren Ort als auch um die Jugend würdigten die Stadtfraktion der LINKEN und die Landtagsfraktion der Partei. Die GenossInnen spenden Teile ihrer Aufwandsentschädigung für Projekte für das Gemeinwohl. Am 29. Mai konnte ich 500 € und Klaus Magenheimer und Peter Maier als Vertreter der Stadtfraktion 200 € für den Bau von Unterständen auf dem Übungsplatz übergeben. Dieser Platz wurde bis vor 2 Jahren als Sportplatz genutzt und vor einiger Zeit entwidmet. Somit wäre der Platz dem Wildwuchs anheimgefallen. Dank des Engagements der Freiwilligen Feuerwehr wurde dies nicht nur verhindert, sondern er wurde durch ein sinnvolles Nachnutzungskonzept als Übungsstätte aufgewertet. Dafür gebührt den Aktiven vor Ort eine Anerkennung. Die Geldspende nahm stellvertretend die Kameradin Dohmke dankend in Empfang.

Drei Tage später besuchte ich mit Klaus Magenheimer die Kindertagesstätte

„Zwergenland“ in Löderburg. Das Ansinnen, mit Mitteln aus dem Solidarfonds Gutes zu tun, konnte auch dort eindrucksvoll bewiesen werden. Die Kinder wünschten sich eine Zuwendung für ein naturkundliches Projekt. Die Heimat kennen lernen, Pflanzen und Tiere erleben und begreifen, das steht auf der Handlungsagenda der Kinder der kommunalen Kita. Zusammen konnten wir pünktlich zum Kindertag die stolze Summe von 600,00 € übergeben. Dieses Geld könnte besser nicht angelegt werden, so die Meinung des Staßfurter Stadtratsfraktionschefs Klaus Magenheimer. Ein buntes Liederprogramm als Dankeschön wurde von den verschiedenen Altersgruppen vorgetragen. Dies wurde von den Spendern genauso gern angenommen, wie die Einladung, im Herbst am großen Fest teilzunehmen.

Versüßt wurde der Besuch noch durch allerlei Naschwerk, welches Carsten Fütterer im Namen des Fördervereins übergab. Das selbst gestaltete Dankeschönbild zierte bereits die Wand in meinem Wahlkreisbüro.

Bianca Görke

Jugend- einrichtungen in Not

Wer in der vergangenen Woche die Zeitung aufschlug, wurde regelmäßig mit Meldungen verschiedener Träger der Kinder- und Jugendarbeit konfrontiert, die Personal entlassen mussten, Öffnungszeiten in Jugendclubs verkürzt oder sogar ganz den Jugendclub geschlossen haben. Nicht betroffen waren davon lediglich die Träger, die einen Festvertrag mit dem Kreis haben und eine jährliche feste Pauschale erhalten. Denn ihre Finanzierung ist gesichert, da sie zu den Pflichtaufgaben des Kreises gerechnet werden. Es betraf insbesondere die Träger ohne diesen Festvertrag, welche die große Mehrheit im Salzlandkreis bilden. Sie sind seit Anfang des Jahres in Vorkasse gegangen, durch den nicht beschlossenen Kreishaushalt in finanzielle Nöte geraten und sahen sich infolgedessen zu gravierenden Einsparungen genötigt. Ihr Frust ist daher nur allzu verständlich.

Mit der Ablehnung des Haushaltes sollte ein Zeichen in Richtung des Landes gesetzt werden, jedoch nicht zu Lasten der Kinder- und Jugendarbeit im Salzlandkreis. Im Fraktionsvorstand der Kreistagsfraktion DIE LINKE./ UWG wurde diese Problematik ausgiebig erörtert und beschlossen einen Änderungsantrag in den Jugendhilfeausschuss am 03.06.15 einzubringen, der dieser Ungerechtigkeit entgegenwirken und dafür sorgen sollte, dass die Jugend- und Kinderarbeit weiterfinanziert werden kann - für alle Träger gleichermaßen.

Mit 9 Ja-Stimmen wurde der Änderungsantrag von den 13 anwesenden Mitgliedern im Jugendhilfeausschuss am 03.06.15 angenommen. Damit teilen sie die Auffassung, dass „die Höhe der kreiseigenen Aufwendungen des Salzlandkreises im Bereich der der Jugendarbeit, Jugendsozialarbeit und des erzieherischen Kinder- und Jugendschutzes zur Umsetzung der laufenden Maßnahmen und zur Sicherung eines entsprechenden flächendeckenden Angebotes im Salzlandkreis notwendig und damit unabweisbar ist.“ Um dies zu gewährleisten soll eine Finanzierung im Haushaltsjahr 2015 in Höhe der Aufwendungen des Haushaltsjahres 2014 vorgenommen werden. Die Durchsetzung des Änderungsantrages im Kreistag am 08.07.15 würde zu einer finanziellen Ausstattung aller Träger der Kinder- und Jugendarbeit im Salzlandkreis führen, so dass sie sich wieder ihrer eigentlichen Arbeit widmen können: der Kinder- und Jugendarbeit.

*Henriette Krebs,
Kreistagsfraktionsassistentin*

Wir waren in Berlin



Foto: privat; Gespräch im Reichstag

Ein geladen von MdB Jan Korte zu einem Besuch in den Deutschen Bundestag, waren wir 2 Tage in der deutschen Hauptstadt. 50 Personen, nominiert am Jahresanfang von Vereinen, Institutionen und anderen Bereichen für gesellschaftliche Tätigkeit und ehrenamtliche Arbeit im Salzlandkreis.

Der Termin, 7. und 8. Mai, war ein ganz besonderer, der 70. Jahrestag des Endes des 2. Weltkrieges mit der Zerschlagung des Hitlerfaschismus, also ein historisches Datum. Das Programm für politisch Interessierte war organisiert und zusammengestellt vom Bundespresse- und Informationsamt, auf Anregung von Jan Korte.

Schon vorweg ist zu sagen: alles hat geklappt, programmgemäß im vorgegebenen Zeitrahmen. Ohne Hast, mit ausgezeichnete Führung, konnten wir das Angebot wahrnehmen, bekamen es erläutert, wurden pünktlich und gut versorgt und untergebracht. Das alles trotz des Umstandes, dass wegen des Bahnstreiks ein Bus für Hin- und Rückfahrt eingesetzt werden musste.

Nach Ankunft in Berlin wurden wir im Bundespresseamt zu den Problemen Datenschutz und Informationsfreiheit informiert. Nach dem Mittagessen besuchten wir die Dauerausstellung „Alltag in der DDR“ und die Gedenkstätte Berliner Mauer. Anschließend, auf einer Rundfahrt auf der Spree durch das Regierungsviertel mit seinen vielen Brücken, gab es dort das Abendessen.

Übernachtet haben wir im Hotel City-West in Berlin-Wilmersdorf, und haben am 8. Mai dort sehr gut gefrühstückt. Die anschließende Stadtrundfahrt durch das Regierungsviertel in Berlin-Mitte, mit Moderation einer Echt-Berlinerin, war sehr interessant und ein Erlebnis. Besser kann man diese Stadt nicht kennenlernen.

Um 12:00 Uhr, nach dem Sicherheitscheck, befanden wir uns im Reichstagsgebäude, als Besucher einer Plenarsitzung

des Bundestages zum Thema Umweltschutz, an der auch die Fraktion „Die Linke“ beteiligt war. Bei sehr schönem Wetter hatten wir dann Gelegenheit zum Aufenthalt in der Glaskuppel dieses geschichtsträchtigen Hauses. Aber vorher waren wir noch zu einer Diskussionsrunde bei Jan Korte. Er informierte uns über seine Abgeordneten-tätigkeit und erläuterte unsere Fragen zum Tun und Lassen im Rahmen der Arbeit des Bundestages.

Nach dem Mittagessen am Pariser Platz, unmittelbar am Brandenburger Tor, hatten wir noch Gelegenheit, eine Kranzniederlegung am Mahnmahl für gefallene Sowjetsoldaten, an der Straße des 17. Juni, zu beobachten. Genau gegenüber stand unser Bus zur Abfahrt bereit. So konnten wir uns auch an dem Gedenken beteiligen. Nicht ganz nach Plan verlief dann die Heimfahrt wegen Verkehrsstau, wir waren 90 Minuten länger unterwegs.

Zu den vielen Eindrücken an diesen beiden Tagen muss ich aber noch folgendes erwähnen: Diese Dauerausstellung „Alltag in der DDR“ ist für mich (und wohl für viele andere auch), eine Provokation und Beleidigung. Sie besteht aus einigen Fotos, Skulpturen, Büsten und zusammengesuchtem Krempel, der 1990 und danach überall herumlag und von einem „Sammelner“ zusammengetragen wurde. Für die Touristen aus den alten Bundesländern und dem Ausland ist sie die Ausstellung zum „Armenhaus DDR“. Nicht das geringste Positive dieses von uns geliebten Landes wird erwähnt oder dargestellt, das ist nicht gut.

Auch für die anderen Teilnehmer dieser Fahrt, die insgesamt eindrucksvoll und interessant war, sage ich hiermit herzlichen Dank an die Organisatoren, Betreuer und an Jan Korte.

Gerhard Bochnig, Mitglied
im Ortsverband DIE LINKE Saale-Wipper

Mindestlohn – Chance oder Schreckgespenst?

An ihrem Wahlkreistag am 13. Mai beschäftigt sich Birke Bull mit den Auswirkungen des Mindestlohnes. Dazu führte sie Gespräche mit dem Geschäftsführer der Bernburger Arbeitsagentur, Thomas Holz, und mit der Chefin einer Bäckereikette.

Nahezu 100 Tage seit Einführung des Gesetzes zur Einführung des Mindestlohnes waren vergangen. Herr Holz konnte bisher keinen Rückgang der Stellenangebote feststellen. Auch der befürchtete Anstieg der Arbeitslosigkeit ist ausgeblieben. In Gesprächen mit Arbeitgebern wurde gesagt, dass bestimmte Berufe eine Imageaufwertung erfahren haben. Man bekomme jetzt bessere Leute. Allerdings ist es ein Problem, dass das Lohngefüge in den Betrieben aus den Fugen gerät. Wenn ungelernete Kräfte 8,50 Euro pro Stunde verdienen und ausgebildete vielleicht 9,00 Euro, dann sinkt der Wert oder die Rendite der Ausbildung. Hier sind aber nun die Unternehmen zusammen mit den Gewerkschaften gefragt, in den nächsten Tarifverhandlungen das Lohngefüge wieder auf ein gerechtes Maß zu bringen. Weitaus bedenklichere Auswirkungen als der Mindestlohn habe die Einführung der Rente mit 63. Dies verschärfe das Problem des Fachkräftemangels, so Thomas Holz im Gespräch. Eine begrüßenswerte Auswirkung dessen ist aber, dass inzwischen auch über 50-Jährige Erwerbslose Chancen auf eine Neuanstellung bekommen. Die Arbeitsagentur ist im engen Kontakt mit den Arbeitgebern der Region, um eventuelle Qualifikationslücken dieser BewerberInnen zu schließen und beraten auch intensiv, durch welche Maßnahmen es Unternehmen gelingt, ihre Beschäftigten möglichst lange fachlich und gesundheitlich fit zu halten.

Bäcker mussten nach der Einführung des Mindestlohnes die Preise erhöhen, um rentabel zu bleiben. Das betraf aber alle gleichermaßen, so dass der Wettbewerb durch dieses Gesetz nicht so verzerrt wurde, wie durch die Backstrecken in Supermärkten.

Beide Gespräche haben den Eindruck bestärkt, dass die Schwarzmalerei der GegnerInnen des Mindestlohnes von der Realität ad absurdum geführt hat. Das bestärkt uns in unserer Forderung, den Mindestlohn auf eine Höhe anzuheben, von der man a) leben kann und b) einen Rentenanspruch erarbeitet, der diesen Namen verdient.

Jana Lankau, Wahlkreismitarbeiterin von
MdL Birke Bull

**Kreisvorstand und Redaktion
gratulieren im
Juni
recht herzlich**

Zum 95. Geburtstag
Frida Dolseius

Zum 90. Geburtstag
Elli Killmann

Zum 89. Geburtstag
Anna Schäfer
Günter Gottwald

Zum 85. Geburtstag
Margit Keller

Zum 84. Geburtstag
Wilfried Breithaupt

Zum 83. Geburtstag
Marianne Strauß

Zum 82. Geburtstag
Martin Lehmann

Zum 80. Geburtstag
Horst Klemm

Zum 70. Geburtstag
Rainer Grey

Zum 65. Geburtstag
Andreas Ramdor

**Wir gratulieren auch allen
anderen Mitgliedern unseres
Kreisverbandes, die im
Juni Geburtstag haben.**



„Kaffee mit Links“

Am 08.07.2015 ab 16 Uhr gibt es die nächste Gelegenheit, im Bernburger Bürgerbüro ins Gespräch zu kommen.

**LINKE Aschersleben vor Ort im
Gespräch**

Am 09.07.2015 ab 10 Uhr auf dem Holzmarkt in Aschersleben

Sitzung des Kreisvorstandes

Der Kreisvorstand tagt wieder am 25.06.2015 um 18 Uhr im Fraktionsbüro in Staßfurt.

**Wie der Neoliberalismus den
sozialen Zusammenhalt
der Gesellschaft auflöst.**

Vortrag und Diskussion mit
Dr. Harald Werner, Beauftragter des Parteivorstandes für Politische Bildung, am **16.06.2015** um 18 Uhr in der Gaststätte „Zur Alten Molkerei“.

**Gemeinsames Sommerfest von
Kreisverband, MdL Birke Bull
und MdB Jan Korte**

Alle InteressentInnen sind am **10.07.2015** ab 15 Uhr vor dem Bernburger Bürgerbüro (Kleine Wilhelmstraße 2b) wieder eingeladen, mitzufeiern. Auf dem Programm stehen u.a. Live-Musik von Vicky und Hannes, Ausstellungseröffnung mit dem 1. Kunskreis Sachsen-Anhalt, Kinderecke und Polit-Quiz. Auch für die Versorgung ist natürlich wieder gesorgt.

Wahlkreisversammlung in Vorbereitung auf die Landtagswahl 2016 im **Wahlkreis Staßfurt** (Staßfurt, Hecklingen, Egelner Mulde)

Die Mitglieder der drei Ortsverbände sind am **17.06.2015** ab 17 Uhr herzlich ins Staßfurter Theatercafé (Steinstraße, Staßfurt) eingeladen, um einen Direktkandidaten bzw. eine Direktkandidatin für den Wahlkreis zu wählen.

Wahlkreisversammlung in Vorbereitung auf die Landtagswahl 2016 im **Wahlkreis Bernburg** (Bernburg, Nienburg, Saale-Wipper)

Die Mitglieder der drei Ortsverbände sind am **29.06.2015** ab 18:30 Uhr herzlich in die Gaststätte „Zur Alten Molkerei“ (Nienburger Straße, Bernburg) eingeladen, um einen Direktkandidaten bzw. eine Direktkandidatin für den Wahlkreis zu wählen.

Informationsveranstaltung zur Reform des Bestattungsgesetzes

MdL Eva von Angern (Initiatorin der Reform) diskutiert zusammen mit MdL Sabine Dirlich und Direktkandidat Torsten Hans. Wer mitdiskutieren möchte ist am **17.06.2015** ab 14:30 Uhr herzlich in die Begegnungsstätte Volkssolidarität „Am Stadtfeld“ eingeladen.

Einsendeschluss für die nächste DLZ ist der 29. Juni 2015.
Redaktionsschluss für diese Ausgabe war der 04. Juni 2015.

Nachruf

In stillem Gedenken
Martha Schwenke



OV Schönebeck
Kreisvorstand

Nachruf

In stiller Anteilnahme
Paul Maser



OV Schönebeck
Kreisvorstand

Gesprächsrunde anlässlich des Bielefelder Parteitages der LINKEN am **25.06.2015** um 18 Uhr im Bernburger Bürgerbüro (Kleine Wilhelmstraße 2b).

**Sitzung der Fraktion DIE LINKE/
UWG im Kreistag Salzlandkreis**

Am 15.06.2015 ab 18:00 Uhr auf der Wasserburg in Egel. Bereits ab 16 Uhr wird es dort eine Bürgersprechstunde mit Reinhard Luckner geben.

**Zeitungslektüre im Bürgerbüro
Bernburg**

Im Bernburger Bürgerbüro von Birke Bull und Jan Korte (Kleine Wilhelmstraße 2b) gibt es von Montag bis Freitag immer die neuesten Ausgaben von Mitteldeutscher Zeitung und neues Deutschland. Wir bieten allen Interessenten ohne eigenes Abo an, bei uns zur Zeitungslektüre vorbeizuschauen.

Wir freuen uns, von Montag bis Freitag während der Öffnungszeiten des Bürgerbüros auf Gäste.

DIE LINKE ZEITUNG

Herausgeber:

Kreisvorstand DIE LINKE. Salzlandkreis
www.dielinke-salzlandkreis.de
dielinke-salzlandkreis@t-online.de
Postfach 1104, 06391 Bernburg

Redaktion :

Jörg Lemmert (V.i.S.d.P),
Klaus Magenheimer,
Siegfried Mahlfeld,
Stefan Deutschmann

Satz + Layout: Karsten Noack

Bei nicht vereinbarten und nach Redaktionsschluss eingegangenen Artikeln kann die Veröffentlichung nicht garantiert werden